

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

vom 27. Oktober 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Oktober 2025)

zum Thema:

Evaluation des Landesprogramms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“

und **Antwort** vom 11. November 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Nov. 2025)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24212
vom 27. Oktober 2025
über Evaluation des Landesprogramms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Der Senat berichtete: „Die Evaluation des Landesprogramms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ (Vergabenummer: SenBJF_IA5_270824) befindet sich derzeit in der Umsetzung. Die Evaluation ist als Folgeevaluation der wissenschaftlichen Untersuchung aus dem Jahr 2016/2017 zu verstehen und überprüft sowohl die damaligen Themen, greift jedoch auch weitere Schwerpunkte wie Qualitätsstandards, Demokratiebildung oder Gewaltprävention auf. Die ersten Ergebnisse sollen durch das Evaluationsteam der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg Ende Oktober 2025 im Rahmen des einzureichenden Zwischenberichts geliefert werden.“ Bitte um Übermittlung des Zwischenberichts.

Zu 1.: Der Zwischenbericht wird der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) in Kürze zur Verfügung gestellt.

2. Was sind die zentralen Erkenntnisse aus diesem Zwischenbericht?

Zu 2.: Der Zwischenbericht ist als formaler Zwischenbericht geplant und wird den aktuellen Stand der Evaluation abbilden.

3. Eine groß angelegte quantitative Befragung ist für voraussichtlich Anfang 2026 geplant. Was sind die Fragestellungen?

Zu 3.: Die quantitative Befragung im Jahr 2026 dient dazu, bei relevanten Akteursgruppen und Personen des Landesprogramms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ Einschätzungen zur Bewertung des Landesprogramms und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Kooperation von Schule und Jugendhilfe zu erhalten.

Berlin, den 11. November 2025

In Vertretung
Christina Henke
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie